

Bahnsysteme, 1020 Wien, Praterstern 3 / 2.OG

Per Email: [tarife@e-control.at](mailto:tarife@e-control.at)

Energie-Control Austria  
Rudolfplatz 13A  
1010 Wien

ÖBB-Infrastruktur AG  
Dipl.-Ing. Dr. Johann Pluy  
Leiter GB Bahnsysteme  
Tel.: +43 1 93000-35512  
Fax: +43 1 93000-25068  
[johann.pluy@oebb.at](mailto:johann.pluy@oebb.at)

Datum 19.05.2016

## **Stellungnahme zum Konsultationsentwurf zur Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Strombereich**

Sehr geehrte Damen und Herren,

seitens der ÖBB-Infrastruktur AG bedanken wir uns herzlich bei Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Konsultationsentwurf zur Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Strombereich. Gerne beteiligen wir uns an der Diskussion zur Weiterentwicklung der Netztarife und machen auf unsere Besonderheiten aufmerksam.

### **1. ÖBB-Bahnstromnetz als Garant eines sicheren und zuverlässigen Bahnbetriebs**

Die ÖBB-Infrastruktur AG betreibt ein zweiphasiges zentrales Bahnstromnetz mit einer Spannung von 110 kV und 55 kV. An dieses ÖBB-Bahnstromnetz, welches mit der bahnspezifischen Frequenz von 16,7 Hz betrieben wird, sind zur Energieaufbringung ÖBB-Kraftwerke, Kraftwerke von Energieunternehmen und Frequenzumformer angeschlossen. Die Bahnstromversorgung stellt ein in sich geschlossenes System (eine Regelzone) dar, dessen Regelung völlig unabhängig vom öffentlichen 50 Hz Netz erfolgt. Aus diesem Grund sind auch die ÖBB-Bahnstromnetze vom Geltungsbereich des EIWOG ausgenommen. Die Schnittstellen zum öffentlichen 50 Hz-Elektrizitätssystem wird durch Frequenzumformer hergestellt. Aus Sicht des öffentlichen 50-Hz-Elektrizitätssystems sind die ÖBB-Infrastruktur AG Verbraucher mit angeschlossener Eigenerzeugung die unter anderem für die sichere Bahnstromversorgung benötigt wird aufgrund der hohen Lastdynamik im Bahnstromsystem. Die ÖBB-Infrastruktur AG hat das Potenzial mit ihren eigenen Bahnstromnetz das öffentliche Elektrizitätssystem in kritischen Situationen zu entlasten. Die eigenen Wasserkraftwerke tragen zusätzlich zur Einsparung von rund 3,4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Jahr bei.

Die wesentlichen Herausforderungen unserer Zeit sind die Energieversorgungssicherheit Europas und der globale Klimaschutz. Jährlich steigen die energiebedingten globalen Treibhausgase an. Die Erreichung des sogenannten 2° Ziels - wie es 2015 in Paris auf der Tagesordnung der globalen Klimaverhandlungen stand - ist noch weit entfernt. Europa importiert jährlich, um mehr als 400 Mrd. € fossile Energieträger. Dies wirkt sich einerseits auf die Wirtschaft (Kaufkraftabfluss) andererseits auf die Umwelt (Ausstoß von Treibhausgasen und sonstigen Emissionen) aus. Auch in Österreich werden

jährlich über 10 Mrd. € für fossile Energieimporte ausgegeben. Der Verkehrssektor ist für den Bedarf von fossilen Energieträgern maßgebend und somit ein Schlüsselbereich für den Umwelt- und Klimaschutz. In Österreich stiegen im Zeitraum von 1990 bis 2011 die Treibhausgase im Verkehrssektor um 8 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> (Zuwachs von 55 %, lt. Umweltkontrollbericht aus dem Jahr 2013). Die Suche nach alternativen Technologien im Verkehrssektor geht schleppend voran, Effizienzbestrebungen der Automobilindustrie werden durch das Kaufverhalten der Menschen konterkariert.

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs ist ein zentrales Anliegen der österreichischen Bundesregierung und einer der Säulen für einen nachhaltigen Verkehr. Durch die Änderungen der Systemnutzungsentgelte darf es zu keiner Benachteiligung des öffentlichen Verkehrs, respektive der ÖBB-Infrastruktur AG, durch überhöhte Netztarife kommen.

Weiters anzumerken ist, dass die große Anzahl der dezentralen Erzeugungseinheiten, verantwortlich sind für eine Überarbeitung der Netztarifstruktur. Die Förderung dieser dezentralen Einheiten sind der sogenannten Energiewende zu schulden, mit der versucht wird unter anderem die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Elektrizitätssektor zu senken. Ein wesentlicherer Hebel im Klimaschutz ist die Substitution von Öl aus dem Verkehr durch Elektrizität aus Erneuerbaren wie es die ÖBB-Infrastruktur AG ermöglicht.

## **2. Konkrete Anregungen zum Konsultationsentwurf – Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Stromnetzbereich (Tarif 2.0)**

Ausgangspunkt der Diskussion der Änderungen für die Systemnutzungstarife liegen in der derzeit stattfindenden Transformation des Elektrizitätssystems. Vor allem die Entwicklung der dezentralen Erzeugung und der Trend zur Eigenversorgung von Haushalten durch kleine PV-Anlagen und deren Auswirkungen auf die Netzkostentragung und Systemstabilität stellen bisherige Ansätze und Regelungen zur fairen Kostenteilung zwischen den unterschiedlichen Netznutzern in Frage. Auch die Entwicklung am Regenergiemarkt führen zu bedeutenden Kostensteigerungen was sich auf die Systemdienstleistungsentgelte auswirkt.

Die ÖBB-Infrastruktur AG regelt ihr System durch eigene Kraftwerke selbst aus und trägt nicht zu einer Verschärfung dieser Situation bei. Bei einer Änderung der Tarifierungsstruktur ist darauf zu achten, dass Kostenblöcke nicht einseitig auf große industrielle Verbraucher mit Eigenerzeugung wie der ÖBB-Infrastruktur AG überwälzt werden, die nicht für die angeführten Gründe der Überarbeitung der Netztarife verantwortlich sind. Wichtig ist, dass das Prinzip der Verursachergerechtigkeit eingehalten wird und jene die Kosten zu tragen haben die diese auch verursachen. Die ÖBB-Infrastruktur AG als Ermöglicher einer nachhaltigen Mobilität darf durch eine Änderung der Tarifierung nicht mit zusätzlichen Belastungen konfrontiert werden.

## **3. Weiterentwicklung der Tarifstruktur für kommende Herausforderungen**

### **3.1 Netznutzungsentgelt (§52 ELWOG 2010)**

Die Herausforderungen die die Überarbeitung der Tarifstruktur bedingen, sind einerseits in der dezentralen Erzeugung und deren Auswirkung auf die Netzkostentragung und Systemstabilität (Regelenergie) zu sehen. Andererseits in neue Anforderungen die sich in den Bereichen Flexibilität und Demand Response („dynamische Entgelte“ oder „Entgelte für neue Herausforderungen“) sowie infolge des Smart Meter Roll-Outs ergeben.

Zu den im Grünbuch angedachten Ansätzen zur Anhebung der leistungsbezogenen Entgeltbestandteile des Netztarifes sei folgendes angemerkt. Wie aus ihren Ausführungen hervorgeht, ist ein Umbau der Tarifstruktur vor allem der steigenden Anzahl dezentraler Erzeugungsanlagen auf den unteren Netzebenen zu schulden. Eine Änderung der Tarifstruktur sollte dem Prinzip der Verursachungsgerechtigkeit folgen und sich auch vermehrt mit den Ursachen beschäftigen. Eine

Änderung der Tarifstruktur auf höheren Netzebenen (1 bis 4) ist demgemäß aus unserer Sicht nicht zweckgebunden noch schlüssig darstellbar. Die von ÖE-Netzsparte angedachte Erhöhung des Leistungsanteils auf bis zu 70 % bei gemessenen Kunden kann nicht ganz nachvollzogen werden, zumal ja andere Beweggründe den Umbau der Tarifstruktur bedingen. Wie sie treffend im Grünbuch auf S. 26 formulieren, „...*beträgt der Leistungsanteil der Netzebene 3 zwischen etwa 32 % und 50 %; auf der Netzebene 7 für leistungsgemessene Kunden macht diese Entgeltkomponenten nur mehr etwa 25 % bis 44 % aus. Auf der Netzebene 7 beträgt der Leistungsanteil für nicht leistungsgemessene Kunden (typische Haushalts- und kleine Gewerbekunden) in Form einer auf ein Jahr bezogenen Pauschale nur mehr maximal knapp 8 % bis 16 %...*“. Die von ÖE-Netzsparte angestrebte Anhebung der Leistungskomponente auf bis zu 70 % ist zu hinterfragen, da dadurch auch der Anreiz zur Verbrauchsminderung konterkariert wird.

Da in den höheren Netzebenen der Leistungsanteil ohne hin sehr hoch ist, ist eine Anhebung dieser Entgelte in den Netzebenen 1 bis 4 aus Sicht der ÖBB-Infrastruktur AG strikt abzulehnen, zumal es zu einer zusätzlichen Schwächung des nachhaltigen Verkehrsmittel Bahn kommt.

### **3.2 Netzverlustentgelt (§52 ELWOG 2010)**

Im Grünbuch wird eine Empfehlung zur Beibehaltung des Netzverlustentgeltes ausgesprochen. Aus unserer Sicht ist diesem Punkt nichts hinzuzufügen.

### **3.3 Netzbereitstellungs- und -zutrittsentgelt (§ 54f EIWOG 2010)**

Im Grünbuch werden zu diesen Entgeltbestandteilen folgende Empfehlungen ausgesprochen und zur Diskussion gestellt:

- Abschaffung des Netzbereitstellungsentgelts
- Erweiterung des Netzzutrittsentgelts, um einen einmaligen pauschalen Anteil für allgemeine kapazitätserweiternde Maßnahmen
- Bestehende Judikatur zu den Anschlussentgelten bei Gestaltung des neuen Netzzutrittsentgeltes und des pauschalen Anteils ist zu berücksichtigen
- Der pauschale Anteil ist nach der zu erwartenden Kapazität des Netzbenutzers auszurichten
- Die tatsächlichen Kosten für den Netzzutritt sind weiterhin aufwandsorientiert direkt dem Benutzer zu verrechnen
- Aufrollung bzw. Neuallokation der nicht pauschaliert abgegoltenen Kosten unter neu dazugekommenen Benutzern.

Wenn für Neukunden weder Netzzutritts- noch Netzbereitstellungsentgelt anfällt, führt dies zu einem massiven Netzausbau, wenn mehr Leistung bestellt wird als benötigt wird.

Aus Sicht der ÖBB-Infrastruktur AG sind Änderungen beim Netzbereitstellungs- und / oder -zutrittsentgelt so vorzunehmen, dass es nicht zu Schieflagen in der Aufteilung zwischen Verbrauchern und Erzeugern kommt. Jedenfalls ist darauf zu achten, dass die Kostenbestandteile jenen Nutzern zu geschieden werden die auch die entsprechenden Kosten verursachen.

### **3.4 Messentgelt (§57 ELWOG 2010)**

Im Grünbuch werden zu diesem Entgeltbestandteil folgende Empfehlungen für die weitere Diskussion ausgesprochen:

- Diskussion zur Integration des Messentgelts in das Netznutzungsentgelt
- Eventuell Integration in die Arbeits- oder Leistungskomponente des Netznutzungsentgelts
- Ein Wegfall des Messentgelts bedeutet eine Vereinfachung der Netzrechnung
- Einspeiser mit reinen Bezugsleitungen für die Einspeisung müssen Zähler selbst bereitstellen oder ein Entgelt für einen vom Netzbetreiber gemieteten Zähler zahlen

- In diesen seltenen Fällen könnte die Zählermiete als sonstiges Entgelt verordnet werden.

Die Messentgelte werden zu ca. 93 % von Kunden der Netzebene 7 bezahlt. Die Diskussion über die Integration dieser Entgeltkomponente in die Netznutzungskomponente wird als nicht sinnvoll erachtet, da dies teilweise zu Kostenverschiebungen zwischen den Netznutzern führt. Wie im Grünbuch angeführt kommt es zu einer Verschiebung der Kostentragung von 5 bis 6 Mio. € von den Einspeisern zu den Entnehmern, sofern das Messentgelt über das Netzbenutzungsentgelt abgedeckt wird. Die ÖBB-Infrastruktur AG steht der Integration des Messentgeltes in die Netznutzungskomponente kritisch gegenüber, da es dadurch wieder zu Mehrbelastungen großer Verbraucher kommen kann.

### **3.5 Systemdienstleistungsentgelt (§69 ELWOG 2010)**

Im Grünbuch werden folgende Empfehlungen bezüglich des Entgelts für Systemdienstleistungen (SDL) ausgesprochen:

- Akut ist keine Änderung beim Systemdienstleistungsentgelt bezüglich Beteiligung Einspeiser < 5 MW erforderlich
- Laufende Evaluierung der Komponente sollte allerdings erfolgen (bei Anstieg der dezentralen Einspeiser; Überprüfung ob die De-minimis Regel noch zeitgemäß ist)
- Analyse der Kostenaufteilung auf Verursachungsgerechtigkeit und systemdienliche Anreize mit Betrachtung des gesamten Ausgleichsenergiesystems und unter Berücksichtigung des Network Codes Electricity Balancing.

Derzeit werden 78 % der Kosten für Sekundärregelung von Einspeiser über das Systemdienstleistungsentgelt getragen. Der Rest wird über die Verrechnung der Ausgleichsenergie aufgebracht. Das Entgelt für SDL ist arbeitsbezogen zu bestimmen und ist nur von Einspeiser, einschließlich Kraftwerksparks, mit einer Anschlussleistung von mehr als 5 MW regelmäßig zu entrichten.

Die ÖBB-Infrastruktur AG spricht sich gegen eine hohe Belastung der Erzeugung mit dem SDL-Entgelt aus. Ein europäischer Vergleich der Netznutzungstarifkomponenten betreffend Erzeugungsanlagen zeigt, dass in nahezu allen Ländern, insbesondere Deutschland, gar keine G-Komponente eingehoben wird. Wir treten daher für faire europäische Wettbewerbsbedingungen für Erzeugungsanlagen ein. Die Systemdienstleistungsentgelte sollen vollständig über den Ausgleichsenergiepreis verrechnet werden, was dazu führt, dass diese Kosten verursachungsgerecht von den Bilanzgruppen getragen werden.

### **3.6 Netznutzungsentgelt für Pumpspeicher und Regelreserve**

Im Grünbuch werden zu diesen Entgeltbestandteilen folgende Empfehlungen ausgesprochen:

- Keine Änderung beim Netznutzungsentgelt für Regelreserve; die Nutzung und Wirksamkeit des Entgeltes aber weiter beobachten
- Bei Bedarf und nach erfolgter Smart Meter Einführung (unter Bedachtnahme der derzeitigen technischen und rechtlichen Limitierungen wie in Kapitel 3.8.1 beschrieben) eventuell eine Ausweitung auf die Netzebene 7 andenken
- Bei Abschaffung des Entgeltes auch die Sonderregelung zu Pumpstrom abschaffen.

Die ÖBB-Infrastruktur AG spricht sich dafür aus, dass die seit 1. Jänner 2009 bestehende Doppelbelastung für Pumpspeicherkraftwerke reformiert werden muss. Pumpspeicher sind aufgrund ihrer Flexibilität für die Aufrechterhaltung der Systemstabilität zentral und leisten auch einen wichtigen Beitrag zur Systemintegration der volatilen Erneuerbaren. Der zukünftig zu erwartende Ausbau von Erneuerbaren Energien wird die Rolle der Pumpspeicherkraftwerke zusätzlich stärken. Pumpspeicherkraftwerke stellen keine Endverbraucher im klassischen Sinne dar sondern speichern Energie aus dem Netz dann ein wenn ein Überschuss vorhanden ist und wandeln diesen bei Bedarf in Elektrizität um. Insgesamt sind Pumpspeicherkraftwerke Anlagen die dem Netz dienen und zur

Versorgungssicherheit beitragen. Derzeit sind neue Pumpspeicherkraftwerke bis 2020 von der Zahlung des Netznutzungsentgeltes befreit. Diese Frist von 2020 sollte unbefristet ausgestaltet werden. Wenn dies nicht möglich ist sollte diese Frist auf 2030+ erweitert werden, danach soll eine Neubewertung der Situation erfolgen.

Der gesonderte Netztarif für Anbieter von negativer Regelleistung wird befürwortet, da die Bereitstellung von Regelleistung eine Serviceleistung ist mit systemdienlichen Funktionen. Die Ausweitung auf Netzebene 7 wird ebenfalls als positiv gesehen. Die Beschaffung von Flexibilität von Netzbetreibern muss marktwirtschaftlich erfolgen, um die dafür notwendigen Kosten zu minimieren.

### **3.7 Sonstige Entgelte, Entgelte für neue DSO Aufgaben (§58 ELWOG 2010)**

Im Grünbuch werden für diese Entgeltbestandteile folgende Empfehlungen für die weitere Diskussion ausgesprochen:

- Keine Änderung bei den sonstigen Entgelten
- Gesetzlich neu zu regelnde DSO-Aufgaben, die nicht dem gesamten Entnehmerkollektiv zugutekommen (z.B. aus der Future Role des DSO), können über diese Entgeltkomponente verordnet werden
- Nicht regulierte Tätigkeiten müssen vom Netzbetreiber kosten- und erlösneutral durchgeführt werden.

Die ÖBB-Infrastruktur AG sieht in diesen Punkten keinen Änderungsbedarf und spricht sich für eine Beibehaltung der bisherigen Regelungen aus.

### **3.8 Überlegungen zu den geänderten Rahmenbedingungen und Herausforderungen**

#### **3.8.1 Demand Side Management & Flexibilität**

Durch eine Erhöhung oder Reduktion des Stromverbrauchs kann der Verbrauch optimiert bzw. die Systembalance zwischen Verbrauch und Produktion aufrechterhalten werden. Für das Stromnetz ist es zumeist sinnvoll Lastspitzen möglichst zu vermeiden. So kann ein „geglättetes“ Lastprofil Ausbilden für einen erhöhten Kapazitätsbedarf verzögern bzw. gänzlich vermeiden, was sich in verringerten Kosten für Netzausbau bzw. -erneuerung widerspiegelt. Besonders durch die wachsende dezentrale Erzeugung gewinnt Demand Side Management an Bedeutung.

Hinsichtlich Demand Side Management und Flexibility verweist OE-Netzsparte noch einmal darauf, dass von Echtzeittarifierung abgesehen ist und daher keine, wie von E-Control in Betracht gezogene Anreize aus der Netzentgeltsystematik zur (systemdienlichen) Verbrauchserhöhungen geschaffen werden sollten. Betreffend der Ausgestaltung mit unterbrechbaren Entnehmern sowie den Ausführungen zu Prioritätsregelungen ist OE-Netzsparte zustimmend bzw. erfreut über den Diskussionsanstoß.

Im Grünbuch werden folgende Empfehlungen für die weitere Diskussion gegeben:

- Demand Side Management soll nach einer Hierarchie erfolgen („Zwiebelmodell“) in der die Bedürfnisse des in der Hierarchie vorangestellten Teilnehmers Vorrang zu den nachgereichten Teilnehmern haben:
  1. Verteilnetzbetreiber: Schaltet Entnahme bzw. Einspeisung auf Basis lokaler Bedürfnisse ab bzw. steuerbare Lasten zu
  2. Regelzonenführer: Steuert Verbrauch und Erzeugung wie bisher zur Erbringung der Regelungsaufgaben
  3. Energie Markt (Normzustand): Nutzen aktueller Marktgegebenheiten ist uneingeschränkt möglich, sofern die individuellen Netzbedürfnisse diesen nicht entgegenstehen
- Bei Energiepreis oder Steuern und Abgaben sind jegliche Flexibilisierungen (gesetzlich) umsetzbar, sofern die Netzsituation dies ermöglichen

- Für netzseitige Steuerungsmaßnahmen würde sich ein unterbrechbares Entgelt eignen. Theoretisch lässt sich schon jetzt der derzeit in Verwendung befindliche unterbrechbare Tarif vom Verteilernetzbetreiber als Flexibilitätsmaßnahme nutzen, allerdings wird durch die derzeit angeschlossenen Anlagen (z.B. Wärmepumpen und Nachtspeicherheizung) die praktische Nutzbarkeit aufgrund zeitlicher Einschränkung stark limitiert. Die Unterbrechung müsste in der zukünftigen Netzentgeltstruktur verteilernetzstützend und nur in kritischen Situationen erfolgen und bedarf dazu auch neuer Anwendungen. Die Definition des unterbrechbaren Tarifs bedarf daher einer Neuevaluierung.
- Ein Beispiel wäre die gezielte und kurzfristige Steuerung von PV- und Kleinwindanlagen (< 5 kW) bei lokalen Netzengpässen, welches ein gezieltes und wirksames Mittel zur Vermeidung von Netzausbaumaßnahmen darstellt. Dies könnte vertraglich bzw. ggfs. gesetzlich oder über Marktregeln geregelt werden.
- Alternativ könnte zusätzlicher Verbrauch bei starkem Stromüberschuss bzw. starkem Stromüberangebot mit geringeren Entgelten abgerufen werden (Lösungen vergleichbar zum aktuellen Regelenenergieentgelt sind denkbar aber nicht zwangsmäßig erforderlich).
- Flexibilität in der Gestaltung der zukünftigen Entgeltstruktur ist zunehmend erforderlich und daher anzustreben, um auf Veränderungen (sei es wirtschaftlicher oder technischer Natur) reagieren zu können.

Aus Sicht der ÖBB-Infrastruktur AG ist die Berücksichtigung eines Entgeltes das die Flexibilität berücksichtigt zu begrüßen. Gerade große industrielle Verbraucher mit Eigenerzeugung haben oftmals die Möglichkeit in Situationen mit hohen Energieüberschüssen, diese in ihrem System zu verbrauchen und dadurch das Netz insgesamt zu entlasten. Auch auf Bahnhöfen und anderen Anlagen der ÖBB-Infrastruktur AG mit abschaltbaren Lasten (z.B. Klimaanlage) wären flexible Tarife von wirtschaftlichen Vorteil.

### **3.8.2 Überlegungen zur Tarifstruktur generell im Kontext zur Einführung von Smart Meter auf der NE 7 nicht gemessen**

Die folgenden Überlegungen beziehen sich in erster Linie auf Smart Meter Kunden auf der Netzebene 7, sind aber für alle Netzebenen sinngemäß anzuwenden. Dies betrifft insbesondere die Unterkapitel zu Echtzeittarifierung und Tarifzeiten. Im Grünbuch werden folgende Empfehlungen für die weitere Diskussion gegeben:

- Die Unterscheidung zwischen leistungsgemessenen und nicht leistungsgemessenen Kunden, kann auf der Netzebene 7 beibehalten werden. Basis für die Grenze wäre die vertraglich vereinbarte Leistung oder der Gesamtjahresverbrauch. Bei Kunden unterhalb der Grenze würde es zu einer Weiterführung der bestehenden Regelung für nicht gemessene Kunden kommen, für Kunden über der Grenze würde die Regelung für gemessene Kunden gelten
- Kunden mit freiwilligem Opt-In zur Viertelstundenmessung unter dieser Grenze würden aufgrund des Gebots der Gleichbehandlung von einem leistungsgemessenen Entgelt ausgenommen werden, es bleibt jedenfalls ein Wahlrecht zur Pauschalabrechnung
- Ein Opt-Out zur Leistungsmessung bzw. Umstellung auf das gemessene Entgelt bei Überschreiten der Größenklassengrenze wäre allerdings nicht möglich
- Sofern sich der Wunsch nach einer verpflichtenden Leistungsmessung durchsetzt, müsste zumindest der viertelstündliche Monatsspitzenwert erfasst werden, wozu es gesetzlicher Änderungen bedarf. Es wäre dieselbe Verrechnungsleistung wie für die anderen Netzebenen heranzuziehen
- Beim Vorhandensein von Viertelstundendaten sind Abweichungen zur bisher abgegoltenen Leistung zu erwarten was nach derzeitiger Rechtslage zu Nachverrechnungen vom Netzbereitstellungsentgelt für zahlreiche der bisher nicht gemessen abgerechneten Kunden erwarten lässt
- Überprüfung von möglichen Überganslösungen/Toleranzgrenzen
- Generelle Diskussion zur Beibehaltung dieser Entgeltkomponente

- Echtzeittarifierung bei Netzentgelten ist aufgrund rechtlicher Einschränkungen bei Smart Meter Kunden derzeit standardmäßig nicht möglich und aufgrund fehlender Vorteile für das Netz für die Netzkostentragung derzeit generell für alle Netzebenen nicht empfehlenswert.
- Vereinheitlichung von bestehenden Tarifzeiten auf eine HT/NT Unterscheidung bzw. nur eine Tarifzeit
- Beibehaltung und ggfs. Ausweitung bzw. Neudefinition des unterbrechbaren Entgelts für einen flexiblen Markt.

Aus Sicht der ÖBB-Infrastruktur AG wird angeregt, bei der Einführung von Smart Meter auf die Kosten zu achten, um die Netztarife nicht unnötig in die Höhe zu treiben.

### **3.8.3 Netzkostentragung bei Überschusseinspeiser**

Wie in der Einleitung ausgeführt, stellt die Zunahme dezentraler Erzeugung die Netzinfrastruktur sowie die Netzparität vor große Herausforderungen. Mit fortschreitender technologischer Weiterentwicklung und günstiger werdenden Endgeräten, kommt es zu einer weiteren Durchdringung dieser Erzeugungstechnologien auf Haushaltsebene, wobei hier vorwiegend Photovoltaik zu nennen ist. Im derzeitigen Entgeltsystem profitieren Eigenproduzenten auf der Netzebene 7 ohne Leistungsmessung besonders davon, dass mit jeder selbstproduzierten kWh die eigenen Netzkosten, auf Kosten des Entnehmerkollektivs, verringert werden; die Gesamtkosten des Kollektivs verringern sich hingegen nicht. Das liegt vordergründig daran, dass die Arbeitskomponente im Haushaltssektor deutlich über dem Leistungsanteil liegt. Ein Anheben des Leistungsanteils würde diesem Umstand entgegen wirken; ein zu starkes Anheben würde aber Netzbenutzer mit geringem Verbrauch benachteiligen. Im Falle von Volleinspeisung kommt es durch vermehrte Höchstlastsituationen zu einem verstärkten Netzausbau und durch verringerten Netzbezug bei Überschusseinspeisung zu einem Verbrauchsrückgang. Beide Fälle führen durch eine erhöhte Kostenbasis, gesunkene Tarifierungsmengen bzw. einer Kombination beider Faktoren dazu, dass schlussendlich die Netzentgelte steigen. Steigende Netzentgelte führen dazu, dass die Option dezentraler Erzeugung für den Einzelnen immer vorteilhafter erscheint und sich somit der Effekt verstärkt. Im Grünbuch wird die Stand by Rate von New York für große Industrieunternehmen mit Eigenerzeugung diskutiert, jedoch aufgrund der noch zu erfolgenden Evaluierung dezentraler Einspeisungen betreffend nicht weiter abgehandelt. Weiters wird eine Jahrespauschale für Überschusseinspeiser unter Berücksichtigung des Gleichzeitigkeitsfaktors für Haushaltskunden der Netzebene 7 diskutiert.

OE-Netzsparte spricht sich für, eine Jahrespauschale für Überschusseinspeiser aus, da diese Pauschale zu einer Verbesserung der Verursachungsgerechtigkeit beitragen würde. Allerdings ist zur praktischen Umsetzbarkeit eine streng zu befolgende Mitteilung über die Installation einer Eigenerzeugungsanlage an den Netzbetreiber Voraussetzung. OE-Netzsparte verweist weiters darauf, dass mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Erlösanteile Grundpreis bzw. Leistungspreis ebenfalls eine verursachungsgerechtere Behandlung von Kunden mit Eigenerzeugungsanlagen erreicht werden kann.

Die von E-Control angestellten Überlegungen zur Behandlung von Überschusseinspeiser werden von OE-Netzsparte begrüßt. Im Grünbuch werden folgende Empfehlungen für die weitere Diskussion gegeben:

- Einführung einer Pauschale für Überschusseinspeiser auf Basis installierter Leistung
- Bei einer freiwilligen Begrenzung der Einspeiseleistung mittels Fernabschaltung durch den Netzbetreiber in lokal kritischen Situationen zur Netzstützung, sollte diese Anlage von dieser Pauschale befreit werden.

Die ÖBB-Infrastruktur AG goutiert die Ambitionen, Überschusseinspeiser der Netzebene 7, vor allem PV-Anlagen mit einer Pauschale zu belegen. Wichtig jedoch ist, dass diese Pauschale ausschließlich für Anlagen kleiner 5 MW festgelegt wird. Andernfalls ist zu befürchten, dass die Kosten für die Netzbenutzung für Industrieunternehmen mit Eigenerzeugung dramatisch steigen werden. Dies betrifft auch die ÖBB-Infrastruktur AG, wodurch das Verkehrsmittel Bahn nochmals geschwächt wird.

### **3.8.4 Soziale Aspekte der Tarifierung**

Im Grünbuch werden folgende Empfehlungen für die weitere Diskussion gegeben:

- Keine Einführung von Entgeltkomponenten für sozial Schwache
- Diese Thematik sollte durch sozialpolitische Instrumente gelöst werden.

Die ÖBB-Infrastruktur AG schließt sich der Meinung der E-Control an und sieht die Einführung einer Entgeltkomponente für sozial Schwache als nicht zielführend an, da durch andere Maßnahmen eine bessere Abfederung erreicht werden kann.

### **3.8.5 Kostentragung je Netzbereich**

Die Erwägungen der Behörde, dass der Zuschnitt der Netzbereiche nicht geändert werden sollte, stehen im Einklang mit der Auffassung der OE-Gutachter. Jedoch sieht OE-Netzsparte bei entsprechendem politischen Konsens eine Zusammenlegung der Netztarifbereiche innerhalb eines Bundeslandes durchaus als sinnvoll. Die E-Control sieht eine Änderung von Netzbereichen kritisch, da es zu großen Entgeltverschiebungen zwischen den zusammengelegten Netzbereichen kommt.

Die ÖBB-Infrastruktur AG ist für die Beibehaltung der Netzbereiche und spricht sich wie die E-Control gegen eine Zusammenlegung der Netzbereiche aus, da es hier teilweise zu hohen Entgeltsteigerungen in bestimmten Netzbereichen kommen kann.

### **3.8.6 Kostentragung je Netzebene**

Bei einer Netzebenenzusammenlegung würde es, wie auch bei der Zusammenlegung von Netzbereichen, bei den einzelnen Entnehmergruppen zu Gewinnern auf den unteren und Verlierern in den höheren Netzebenen kommen. Da keine klaren Vorteile einer Netzebenenzusammenlegung erkennbar sind und mit massivem Widerstand jener Netzbenutzer, die höhere Entgelte zu zahlen hätten, zu rechnen ist, kann keine Empfehlung für eine Netzebenenzusammenlegung ausgesprochen werden. Die Empfehlung die Einteilung in 7 Netzebenen unverändert aufrecht zu erhalten, werden auch von OE-Netzsparte sowie Consentec/Bogner geteilt. Eine Änderung der Netzebenen wird von E-Control und von OE-Netzsparte abgelehnt.

Die ÖBB-Infrastruktur AG schließt sich der Argumentationslinie von E-Control an und spricht sich entschieden gegen eine Zusammenlegung der Netzebenen aus. Wie aus der Argumentation klar hervorgeht, würden vor allem Großverbraucher, deren Anlagen auf den Netzebenen 1-4 angeschlossen sind, mit massiven Zusatzbelastungen konfrontiert werden. Dies würde im Falle der ÖBB-Infrastruktur AG das nachhaltige Verkehrsmittel Bahn schwächen und im Falle von Großverbrauchern der Industrie die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes reduzieren.

### **3.8.7 Vereinfachung der Netzrechnung**

Unübersichtliche Rechnungen, sei es bei Energie und Netz getrennter Rechnungslegung oder integrierter Rechnungslegung, werden häufig von Endkunden kritisiert. Die variablen bzw. die vom eigenen Verbrauch abhängenden Entgeltbestandteile sollen für den Kunden eindeutig erkennbar sein, um die beeinflussbaren Kostenkomponenten klar erkennbar zu machen.

Im Grünbuch werden folgende Empfehlungen zur weiteren Diskussion angedacht:

- Diskussion zur Netzrechnungsvereinfachung starten
- Auf Übersichtsblatt alle fixen und variablen Entgeltbestandteile dem Kunden auf einem Blick sichtbar machen, damit so das eigene Verbrauchsverhalten optimiert werden kann.



Die ÖBB-Infrastruktur AG steht hinter einer transparenten Abrechnung sofern diese für Unternehmen gut handhabbar ist und keine massiven Zusatzbelastungen bedingt.

#### **4. Verteilungsschlüssel**

Sobald eine neue Tarifstruktur feststeht, sollte die verursachungsgerechte Verteilung der Kosten auf die einzelnen Netzebenen (Kostenwälzung) diskutiert werden. Dazu wurde vorab von OE-Netzsparte ein Vorschlag für ein Kostenwälzungsmodell der Branche erstellt. Dieser Vorschlag basiert auf einer Wälzung nach Netto-Leistung (ohne Erzeugungsmengen) und Brutto-Arbeit im Verhältnis 50:50. Die Umsetzung eines neuen Kostenwälzungsmodells kann erhebliche Veränderungen in der Entgeltstruktur zur Folge haben. Daher wird eine schrittweise Anpassung in einer Übergangsfrist sowie allenfalls die Berücksichtigung von speziellen Gegebenheiten in den einzelnen Netzbereichen als sinnvoll erachtet.

Die ÖBB-Infrastruktur AG spricht sich gegen eine Änderung des Verteilungsschlüssels aus, sofern nicht im Vorhinein alle Für und Wider mit allen Stakeholdern besprochen werden. Eine Kostenverschiebung hinsichtlich höherer Netzebenen welche vor allem große industrielle Verbraucher mit Eigenerzeugung wie die ÖBB-Infrastruktur AG mehr belasten ist jedenfalls abzulehnen.

#### **5. Tarifstruktur „Alles Neu“**

Die ÖBB-Infrastruktur AG spricht sich für eine behutsame Änderung der Tarifstruktur des Systemnutzungsentgelts aus, zumal die Gründe für die Änderungen in den vermehrten dezentralen Erzeugungseinheiten in den Netzebenen 5-7 zu suchen sind. Dies sollte bei einer Änderung der Struktur entsprechend berücksichtigt werden.

Angemerkt sei auch, dass die ÖBB-Infrastruktur AG neben Betriebsanlagen, sechs Frequenzumformer betreiben die direkt ans 50 Hz-System angeschlossen sind. Da die ÖBB-Infrastruktur AG eine eigene Regelzone ist und mit diesen Frequenzumformer in Summe das Netz über die Zeit weniger belastet als die Summe der angeschlossenen Leistung wäre es anzudenken nicht jeden einzelnen Frequenzumformer abzurechnen sondern die Summenbelastung für die Tarifierung zugrunde zu legen.

Für weitere Fragen bzw. Anregungen zum Thema bitte ich Sie, direkt mit Herrn Dr. Dr. Ludwig Piskernik (Tel.: +43-664-821-78-71, email: [ludwig.piskernik@oebb.at](mailto:ludwig.piskernik@oebb.at)) der in unserem Geschäftsbereich dieses Thema federführend bearbeitet, Kontakt aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen  
Für die ÖBB-Infrastruktur AG

Prok. Dipl.-Ing. Dr. Johann Pluy

